

Der erste amerikanisch-israelische Showdown 1957 – und der nächste

Derek Leebaert, mondoweiss.net, 16.02.22

Es gab eine Zeit, da verurteilten die US-Präsidenten Israels Massaker an der Zivilbevölkerung und drohten mit Sanktionen wegen der Besetzung ägyptischer Gebiete. Nach dem Krieg von 1967 wechselte die politische Stimmung in den USA jedoch rasch. Aber das könnte sich im Zuge der Apartheid-Berichte wieder ändern.

Vor fünfundsiebzehn Jahren, am 20. Februar 1957 um 21.00 Uhr, sprach Präsident Dwight Eisenhower vor den Augen der Welt über den Nahen Osten. Er fragte aus dem Oval Office: „Sollte eine Nation, die unter Missbilligung der Vereinten Nationen fremdes Territorium angreift und besetzt, die Möglichkeit haben, Bedingungen für ihren eigenen Rückzug zu stellen?“ Wenn ja, wäre das ein Grund, alle internationalen Differenzen mit Gewalt beizulegen.

„Wir werden Sanktionen verhängen“, sagte Eisenhower zu Dulles, nachdem Panzer und Fallschirmjäger der israelischen Armee am 29. Oktober 1956 in Ägypten einmarschiert waren, und fügte hinzu, dass die Israelis angegriffen hätten, um ihr Territorium auszuweiten.

Daher versprach er, „den größtmöglichen Einfluss der USA“ zu nutzen, um Israel – den Angreifer und Besatzer – zum Verlassen des ägyptischen Territoriums zu zwingen, wo seine Soldaten nach dem kurzen, heftigen Suezkrieg im Herbst des Vorjahres verblieben waren[1].

Eisenhower war der Ansicht, dass nicht nur das Völkerrecht auf dem Spiel stand, sondern auch, wie John Foster Dulles, sein fähiger Außenminister, das Problem formulierte, die Tatsache, dass „wir nicht alle unsere politischen Entscheidungen in Jerusalem, (dem Sitz des israelischen Außenministeriums), treffen lassen können“[2].

Eisenhower ignorierte den politischen Druck, um sich einer Nation entgegenzustellen, von der seine Regierung glaubte, dass sie die strategischen und moralischen Interessen der USA untergrub. Was sich vor dieser Regierung und der nachfolgenden entfaltete, ist auch im Jahr 2022 noch aktuell: Israel hat sich in den besetzten palästinensischen Gebieten verschanzt; und während die Palästinenser:innen in Israel bis 1966 unter Kriegsrecht lebten, sind sie heute nach Angaben von *Amnesty International* – bestätigt von langjährigen Warnungen der israelischen Premierminister Rabin, Barak und Olmert sowie ehemaliger Leiter des *Shin Bet* – in den Gebieten unter israelischer Kontrolle der „Apartheid“ ausgesetzt.

Nach der Entscheidung von Präsident Harry Truman im Mai 1948 trotz der Proteste von Außenminister George Marshall und aller Generalstabschefs, die Unabhängigkeit Israels anzuerkennen, verschlechterten sich die Beziehungen zwischen den USA und Israel. Als die Präsidentschaftswahlen in jenem Jahr sicher

überstanden waren, ging Truman mit Israel hart ins Gericht, und Trumans Dilemma im Jahr 1949 ähnelte dem des Präsidenten Eisenhower später.

Ende Dezember 1948, in den letzten Monaten des Ersten Arabisch-Israelischen Krieges, war eine israelische Angriffstruppe in den Sinai eingedrungen. Ägypten stand damals unter britischer Vorherrschaft, und Truman wies den US-Botschafter in Tel Aviv an, Premierminister David Ben-Gurion im Namen Londons eine Note zu überreichen: „Wenn sich die israelischen Streitkräfte nicht aus dem ägyptischen Hoheitsgebiet zurückziehen“, so hieß es darin, würde Großbritannien in den Krieg gegen Israel eintreten, die Zustimmung der USA war offensichtlich.[3] Die israelischen Einheiten zogen innerhalb einer Woche ab.

1949 folgten Waffenstillstandsvereinbarungen, die jedoch die Grenzverläufe nicht festlegten. Außerdem schrieb Truman an einen Berater, er sei „angewidert“ darüber, wie „die Juden das Flüchtlingsproblem angehen“[4]. Seine Regierung drohte erfolglos damit, die Kredite der Export-Import-Bank an Israel einzustellen. So erbte Eisenhower, als er im Januar 1953 sein Amt antrat, die unsicheren Grenzlinien der Region und die aufgebrachten Konfliktparteien.

Eisenhower beherrschte acht Jahre lang die Außenpolitik der USA, und Dulles war ein fähiger Vollstrecker. Im Mai 1953 entsandte der Präsident Dulles auf eine dreiwöchige Reise, die ihn als ersten Außenminister in den Nahen Osten führte. Die Reise begann in Kairo, wo Dulles über die fünf Jahre zuvor erfolgte Anerkennung Israels durch die USA sprach und dem ägyptischen Premierminister versicherte, dass „die republikanische Regierung den jüdischen Gruppen nicht das gleiche Maß an politischer Verantwortung schuldet wie die Demokraten“[5].

Israel würde Dulles' nächste Station sein, und so erläuterte er auch seine Ansicht über Jerusalem: Als Christ sei Jerusalem für ihn ein heiliger Ort; er habe immer geglaubt, dass jede arabisch-israelische Lösung ein „hohes Maß an Internationalisierung“[6] erfordern.

In Jerusalem angekommen, „ging alles gut“, berichtete der US-Generalkonsul. Dulles besuchte die israelische Seite der geteilten Stadt und ging dann durch „Niemandland“ zu dem von Jordanien kontrollierten Teil[7]. Doch sowohl in Tel Aviv und Amman als auch in Kairo wurde Dulles von Politikern mit Berichten über Gewalt entlang der löchrigen Grenzen überhäuft.

Im Herbst 1953 lief wenig gut zwischen den Vereinigten Staaten und Israel. Dulles weigerte sich in jener Zeit, die Propaganda Tel Avivs zu akzeptieren, dass Israel sich dem „Kampf der Menschheit zur Rückgewinnung der Wüsten der Erde“ verschrieben habe, und er wies die Diplomaten an, eine Ausstellung zur „Eroberung der Wüste“ in Jerusalem zu meiden (diese „Wüsten“ waren das Mandatsgebiet Palästina). Eine frühe Lobbygruppe, der *American Zionist Council*, prangerte seine Entscheidung an, wurde aber ignoriert[8].

Tatsächlich setzte die Eisenhower-Regierung die Wirtschaftshilfe für Israel aus, weil es Wasser aus dem Jordan abgezweigt hatte, und, was noch schwerwiegender war, sie zwang den UN-Sicherheitsrat, Israel für seine brutale „Vergeltungsmaßnahme“ gegen das palästinensische Dorf Qibya im Oktober 1953 zu rügen.

Zwischen 1951 und 1956 wurden bei Grenzkonflikten nach israelischen Angaben 880 seiner Bürger:innen getötet oder verwundet. Späteren wissenschaftlichen Schätzungen des israelischen Autors Benny Morris zufolge wurden „bis zu 2.700 arabische Eindringlinge, vielleicht sogar bis zu 5.000, von der israelischen

Armee, der Polizei und Zivilisten getötet ... die große Mehrheit der Getöteten war unbewaffnet“. Bei diesen „Eindringlingen“ handelte es sich um Schafhirten, Bauern, Beduinen und Flüchtlinge, die versuchten, in ihre Dörfer zurückzukehren[9].

Der Angriff in Qibya fand statt, nachdem Kämpfer aus der jordanisch kontrollierten Westbank eine israelische Frau und ihre beiden Kinder in ihrem Haus in einem israelischen Dorf nahe der *Grünen Linie** ermordet hatten. In der Nacht zum 14. Oktober griffen 275 Soldaten der israelischen Armee unter der Führung des künftigen Premierministers Ariel Sharon Qibya an, das sieben Meilen (etwa 12 km) nordwestlich von Ramallah liegt.

„Sie erschossen jeden Mann, jede Frau und jedes Kind, das sie finden konnten“ und sprengten Häuser, eine Schule und eine Moschee in die Luft, berichtete das *Time Magazine*[10]. Tel Aviv leugnete zunächst jegliche Beteiligung der israelischen Armee, beschimpfte dann ausländische Kritiker:innen als Antisemit:innen und erklärte schließlich, dass das Gemetzel ein Fehler gewesen sei, obwohl es darauf bestand, dass seine Armee sich nicht schlechter verhalten habe als die anderer Nationen, unter Verweis auf britische Kolonialbeamte in Kenia.

Dulles bekundete Amerikas „tiefstes Mitgefühl“ für die neunundsechzig Toten von Qibya und sechs Wochen später folgte die von den USA unterstützte Rüge durch die Vereinten Nationen. Dulles und Eisenhower kamen auch zu dem Schluss, dass Israel die Zusammenarbeit mit Washington als „Einbahnstraße“[11] betrachtete.

Im März 1955 setzten sie im Sicherheitsrat ein zweites Misstrauensvotum durch. Nachdem die ägyptischen Behörden zwei in Kairo stationierte Mitglieder einer ihrer „Terrorseinheiten“, wie Tel Aviv sie nannte, exekutiert hatten, tötete die israelische Armee als Vergeltung 38 ägyptische Soldaten im Gazastreifen, einem 140 Quadratmeilen (etwa 225 Quadratkilometer) großen Sandstreifen, der damals von 219.000 verarmten palästinensischen Flüchtlingen bewohnt wurde[12]. In der Hoffnung, die israelischen „Vergeltungsmaßnahmen“ einzudämmen, sprachen die Vereinigten Staaten im Januar 1956 nach einem weiteren Angriff der israelischen Armee, der sich gegen syrische Stellungen in der Nähe des Sees Genezareth richtete und bei dem 56 Soldaten und Zivilisten getötet wurden, eine dritte UN-Rüge aus. Sanktionen, warnte Dulles Tel Aviv, würden folgen.

Die Eisenhower-Administration wies die Behauptungen des israelischen Botschafters Abba Eban, alles sei Selbstverteidigung, durchweg zurück. Abgesehen von der stark asymmetrischen Zahl der Toten sorgte sich Dulles auch um die Millionen anderer „brauner Menschen“ außerhalb des Nahen Ostens, deren Sympathien nicht schon bereits bei Moskau lagen[13]. Eisenhowers Einstellung über die Meinung der Dritten Welt war ähnlich. So sprach er beispielsweise mit Dulles über Indiens Verurteilung kolonialer Aggression. Wenn es um den Nahen Osten gehe, so Eisenhower, meine der indische Premierminister Nehru, es sei alles eine Frage von „Weißen über Farbige“[14].

Unbeeindruckt davon startete Israel im Herbst 1956 einen Großangriff auf Ägypten, um den starken Mann Gamal Abdel Nasser zu stürzen, dessen Militärjunta 1952 die pro-britische Monarchie gestürzt hatte.

Auch Nasser hatte grenzüberschreitende Vergeltungsmaßnahmen durchgeführt, allerdings nicht in solchem Ausmaß, dass es eine UN-Rüge erforderlich gemacht hätte. Für Tel Aviv war es besorgniserregender, dass

Nasser hochentwickelte Waffen aus der Sowjetunion erhielt. Dulles kam jedoch zu dem Schluss, dass es schwierig sei, die Ägypter für den Kauf von Waffen zu kritisieren, die „sie wirklich zur Selbstverteidigung benötigen“[15].

Während des gesamten Jahres 1956 hatte Israel andere Beweggründe, sich Nassers zu entledigen. Israel arbeitete verdeckt mit Frankreich zusammen, um den algerischen Unabhängigkeitskrieg niederzuschlagen, und Nasser unterstützte die Rebellion mit Geld, Kleinwaffen und Propaganda.

Schließlich waren die Juden und Jüdinnen in Algerien im Großen und Ganzen französische Staatsbürger, im Gegensatz zu den Araber:innen, die neun Zehntel der Bevölkerung ausmachten. Die Israelis bewaffneten und trainierten jüdisch-algerische Milizen, tauschten mit französischen Beamt:innen Geheimdienstinformationen aus und halfen, die Codes zwischen den Rebell:innen und Kairo zu knacken. Im Gegenzug erhielt Israel seine Kampfjets, Panzer, Artillerie, Munition und Ausrüstung zum Abwurf von Napalm von Frankreich.

Nasser hatte außerdem im Juli die Suezkanalgesellschaft übernommen. Der Kanal war ägyptisch und verlief 120 Meilen (193 km) durch ägyptisches Gebiet, wurde aber von der Gesellschaft verwaltet. Daher kam Eisenhower zu dem Schluss, dass „niemand das Recht Kairos, ihn zu verstaatlichen, in Frage stellen kann“[16]. Doch ungeachtet der Vermittlungsversuche der USA war Nasser dabei, eine gewaltsame Antwort der Hauptaktionäre dieses aufstrebenden Unternehmens – der Regierungen Großbritanniens und Frankreichs – zu provozieren. Diese beiden arbeiteten, was Washington nicht wusste, mit Israel zusammen, um in Ägypten einzumarschieren und ein Marionettenregime zu installieren.

„Wir werden Sanktionen verhängen“, sagte Eisenhower zu Dulles, nachdem Panzer und Fallschirmjäger der israelischen Armee am 29. Oktober 1956 in Ägypten einmarschiert waren, und fügte hinzu, dass die Israelis angegriffen hätten, um ihr Territorium auszudehnen[17]. Dulles wies darauf hin, dass die „nicht-weißen“ Nationen der Welt (die bald als „Dritte Welt“ bezeichnet wurden) sich schnell auf die Seite Ägyptens geschlagen hatten, darunter der Iran und der Irak sowie Indien. Die Amerikaner wandten sich erneut an die Vereinten Nationen, als Großbritannien und Frankreich am nächsten Tag die zweite Phase des Invasionsplans mit der Bombardierung von Flugplätzen und dem Einsatz von Fallschirmjägern einleiteten.

Als der Wahltag in Amerika näher rückte, zählte Israel auf seine US-Unterstützer:innen, um die Regierung zu entmachten. Aber in einer nationalen Ansprache am 31. Oktober erklärte Eisenhower den Wähler:innen die Krise und versammelte das Land hinter sich. Er stoppte die landwirtschaftliche Hilfe für Israel, und als Großbritannien und Frankreich auf den Plan traten, entzog er ihnen Öl und Kredite. Dies erschwerte die Offensive, und am Dienstag, dem 6. November wurden die Kämpfe eingestellt, als Eisenhower einen Erdbebenerrang errang und die Demokraten ihre Mehrheit im Kongress behielten.

Es blieb jedoch das Problem, dass alle drei Eindringlinge aus dem ägyptischen Territorium vertrieben werden mussten.

Eine Kombination aus Drohungen und Versprechungen zwang die anglo-französischen Streitkräfte, sich zum 23. Dezember zurückzuziehen. Dennoch erklärte Premierminister Ben-Gurion, Israel hätte das Recht, den Gazastreifen und Scharm el Scheich zu behalten. Dies würde den Guerillaaufstand beenden und im Golf von Akaba freie Schifffahrt ermöglichen, die Ägypten tatsächlich behindert hatte. Eisenhower kannte inzwischen die Hintergründe dieser Konflikte und hatte kein Verständnis für sie.

Nach und nach ergriff der Präsident schärfere Maßnahmen. Am 10. Februar erkundigte sich sein Botschafter bei der UNO, Henry Cabot Lodge, bei Dulles nach der Möglichkeit, Sanktionen zu verhängen. Lodge rechnete mit Schwierigkeiten seitens der parteiübergreifenden Unterstützer Israels im Kongress, darunter Senatsmehrheitsführer Lyndon Johnson aus Texas und Senatsminderheitenführer William Knowland, Republikaner aus Kalifornien.

Das Ende des Kalten Krieges im Jahr 1991 und das darauf folgende Osloer Abkommen brachten nur minimale Veränderungen in den von Israel besetzten Gebieten. Ein Grund dafür war, so ein stellvertretender US-Sonderbeauftragter für die regionale Sicherheit im Nahen Osten, dass „sie [die israelische Regierung] versucht hat, uns die ganze Zeit über zu täuschen“.

Die Regierung entwickelte jedoch einen Ansatz, um „die Idee, dass jeder auf dem armen Israel herumhackt“, wie Lodge das Konzept formulierte, zu unterbinden[18]. Auch Ägypten könnten Sanktionen angedroht werden, wenn es nach dem Rückzug Israels wieder Krieg führen würde. In der Zwischenzeit unterrichteten politische Mitarbeiter des Weißen Hauses Eisenhower über den Umfang der Post und der Anzeigen, die von den amerikanischen Unterstützern Israels veröffentlicht wurden. Er war überrascht. Dass Israels Unterstützer im Kongress seine Position untergraben würden, besorgte ihn jedoch nicht. Wie er Dulles mitteilte, würde jeder Antrag im Kongress, der sich gegen die von den Vereinten Nationen eingeleiteten Sanktionen aussprach, keine Rechtswirkung haben.

Dr. Ralph Bunche, der 1950 den Friedensnobelpreis fürs Zustandebringen des ursprünglichen arabisch-israelischen Waffenstillstands erhalten hatte, kam zu dem Schluss, dass es ausreichen würde, „die Israelis zu isolieren“[19]. Alle Beteiligten kannten die Folgen von Sanktionen. Die Sanktionierung privater Geschäfts- und Finanzbeziehungen mit Israel, so räumte Dulles ein, „wäre fatal“, würde aber für Ägypten nur einen Klaps auf die Hand bedeuten. „Israel kann ohne die Erlöse aus Anleihen nicht überleben“, teilte er Lodge in jenem Winter mit. „Israels Existenz steht auf dem Spiel.“[20]

Botschafter Eban bemühte sich unterdessen, den Showdown abzuwenden. Auch Dulles handelte schnell. „Die israelische Botschaft diktiert praktisch dem Kongress“, sagte er dem Vorsitzenden des Ökumenischen Rates der Kirchen, als er um Unterstützung bat.[21] Ebenso überzeugte er seinen republikanischen Kollegen Senator Knowland, einen glühenden Befürworter Israels, davon, dass man alle Möglichkeiten bis auf Sanktionen ausgeschöpft hätte.

Eisenhower und Dulles spielten eine weitere Karte. Plötzlich wurden Einzelheiten des Ultimatums der Truman-Administration an Ben-Gurion Ende Dezember 1948 bekannt, das zum unmittelbaren Rückzug Israels aus Ägypten geführt hatte. Die Botschaft aus dem Weißen Haus war klar: Dies wäre nicht das erste Mal, dass ein Präsident entschlossen gegen Israel vorgeht.

Am 20. Februar 1957 traf Eisenhower eine Stunde vor seiner Rede im Oval Office im Kabinetssaal mit den führenden Vertretern beider Parteien im Kongress zusammen. Dulles und Lodge nahmen teil. Alle drei erklärten in ernstem Ton, warum sie für Sanktionen eintraten. Zehn Tage später kündigte Israels Außen-

ministerin Golda Meir die Bereitschaft ihres Landes an, sich aus dem gesamten ägyptischen Staatsgebiet zurückzuziehen, wobei die UN-Notfalltruppe die vorgegebene Einstellung der Feindseligkeiten überwachen sollte.

Israels verbitterte Unterstützer beschimpften Dulles für sein hartes Durchgreifen – nicht, dass es ihm etwas ausgemacht hätte, als der böswillige mittelalterliche Minister neben der geliebten großväterlichen Figur im Weißen Haus dargestellt zu werden. Aber es war natürlich allein der geschickt handelnde Eisenhower, der sogar Sanktionen für Finanzdienstleistungen vorschlug, letztlich aber nicht anzuwenden brauchte.

Angesichts der Beteiligung Israels an der südafrikanische Apartheid war es eine Ironie des Schicksals, als der südafrikanische Bischof Desmond Tutu Anfang der 2000er Jahre begann, von „den Spuren der Apartheid in der Politik der israelischen Regierung“ zu sprechen.

Ein kalter Burgfrieden legte sich auf diese Grenzen. In Washington zwangen Präsident John F. Kennedy und sein Bruder Robert, der Generalstaatsanwalt, den leicht umbenannten *American Zionist Council*, sich als ausländische Vertretung zu registrieren. Doch erst im November 1966 ließ die US-Regierung Israel wieder in die Schranken weisen, als die israelische Armee die größte Militäroffensive seit dem Suezkrieg startete, diesmal gegen die von Jordanien kontrollierte Westbank in der Nähe von Hebron. „Die Israelis haben unseren und ihren eigenen Interessen großen Schaden zugefügt“, schloss Präsident Johnsons nationaler Sicherheitsberater Walt Rostow, „sie haben ein gutes System der stillschweigenden Zusammenarbeit zerstört“[22]. Sieben Monate später, im Juni 1967, brach ein weiterer arabisch-israelischer Krieg aus.

Der politische Druck der Unterstützer Israels in den USA wurde nach dem israelischen Sieg von 1967 effektiver, auch weil Tel Aviv ein treuer Verbündeter im Kalten Krieg war. Einer der späteren Botschafter Israels – der von Netanjahu ernannte Historiker Michael Oren, dessen wissenschaftlicher Scharfsinn die Geschichte der US-Kritik übersieht – hat diese Entwicklung aufgegriffen. Israels Befürworter, so schreibt er, erreichten „den finanziellen und politischen Einfluss, der notwendig ist, um die Meinung des Kongresses zu beeinflussen“, und nach einem weiteren israelischen Sieg im Krieg von 1973 wurde dieser politische Trend entscheidend verfestigt[23]. Zwischenzeitlich verstärkte die US-Diplomatie im Wesentlichen Israels Anspruch auf die 1967 eroberten Gebiete, was die heute sichtbare Verselbständigung des Siedlungsprojektes zur Folge hatte.

Israel unterzeichnete 1978 einen Friedensvertrag mit Ägypten, und später folgte ein weiterer mit Jordanien, aber das Kerndilemma der 1950er Jahre blieb bestehen: Wie würde Washington auf israelische „Vergeltungsmaßnahmen“ reagieren, bei denen die Toten größtenteils palästinensische Zivilist:innen waren? Da zwischenstaatliche Konflikte zwischen Araber:innen und Israelis scheinbar entschärft waren, zögerten die US-Politiker:innen bei fast allen Themen, Israel entgegenzutreten.

Washington unternahm auch dann nichts, als die CIA 1980/81 feststellte, dass Israel für das südafrikanische Apartheidregime beim Bau von sechs Atombomben „absolut lebenswichtig“ war[24]. Ebenso hilflos waren die Amerikaner im Sommer 1982, als Israel in einem Versuch, die Palästinensische Befreiungsorganisation (PLO) zu zerstören, ein Flächenbombardement auf West-Beirut durchführte, das Präsident Ronald Reagan gegenüber Israels Premierminister Menachem Begin treffend als „Holocaust“[25] bezeichnete.

Das Ende des Kalten Krieges im Jahr 1991 und das darauf folgende Osloer Abkommen brachten nur minimale Veränderungen in den von Israel besetzten Gebieten. Ein Grund dafür war, so ein stellvertretender US-Sonderbeauftragter für die regionale Sicherheit im Nahen Osten, dass „sie [die israelische Regierung] versucht hat, uns die ganze Zeit über zu täuschen“[26]. Während der Regierungen von George W. Bush und Barack Obama war es zum Beispiel ein Leichtes, Beamt:innen des Nationalen Sicherheitsrats dazu zu bringen, sich auf Kleinigkeiten dieser Abkommen zu konzentrieren, etwa auf die Frage: welche Grenzübergänge in der Westbank wollen die israelischen Behörden nächste Woche um zehn oder elf Uhr morgens öffnen?

Der israelische Außenminister Yair Lapid erklärte Anfang 2022, dass der Vorwurf der „Apartheid“ das „Potenzial hat, erheblichen Schaden anzurichten“. Dies dürfte vor allem auf die Beziehung Israels zu den Vereinigten Staaten zutreffen. Das einzig Sichere in der amerikanischen Politik ist, dass sich Meinungen blitzschnell ändern können; ein Beispiel dafür ist die nationale Neuorientierung, ausgelöst durch die „Black Lives Matter“-Bewegung.

Angesichts der Beteiligung Israels an der südafrikanische Apartheid war es eine Ironie des Schicksals, als der südafrikanische Bischof Desmond Tutu Anfang der 2000er Jahre begann, von „den Spuren der Apartheid in der Politik der israelischen Regierung“ zu sprechen. Schon bald erinnerte er unentschlossene Amerikaner:innen daran, dass „Segregation‘ ein Wort ist, das sich in die Erfahrung Ihrer eigenen Nation eingebrannt hat“. Er verwies auf die Abschaffung der „Jim-Crow-Gesetze“ und fragte: „Fühlen Sie sich dazu aufgerufen, dies im Namen eines zutiefst unterdrückten Volkes in Palästina erneut zu tun?“[27] Bischof Tutu legte ein einzigartiges moralisches Zeugnis ab, sowohl innerhalb des anglikanischen Glaubens als auch für den palästinensischen Kampf. Er wurde von einer Reihe von Amerikaner:innen unterstützt, unter anderem von Marine Corps General James Mattis, einem zukünftigen Verteidigungsminister, der 2013 warnte, dass das Ergebnis von Israels anhaltendem Siedlungsbau „Apartheid sein wird.“

[28] *Amnesty International*, *Human Rights Watch* und *B'Tselem* lieferten im letzten Jahr in ihren Berichten Beweise für diese Schlussfolgerung.

Letztlich erklärte Bischof Tutu den Amerikanern das Offensichtliche: Wie bei der Apartheid in Südafrika kann „nur wirtschaftlicher Druck die Mächtigen an den Verhandlungstisch zwingen“, um diesmal „die unmenschliche Politik, die der Staat Israel den Palästinenser:innen auferlegt“[29] zu korrigieren. Die Episkopalkirche nennt diesen Schritt "ökonomisches Screening“.

Doch anders als in den 1950er Jahren haben die Morde an unbewaffneten Zivilist:innen – schlimmer als in Qibya oder in Sharpeville in Transvaal – keine spürbaren Verurteilungen aus Washington nach sich gezogen. Man denke nur an die 254 Palästinenser:innen, die 2018 im Gazastreifen getötet wurden (149 waren laut *B'Tselem* unbeteiligt an den Kampfhandlungen). Die meisten wurden von Scharfschützen der israelischen Armee mit in den USA hergestellten Zielfernrohren getötet. Und bis ins Jahr 2022 steigt die Zahl der palästinensischen Todesopfer weiter, ohne dass die USA etwas dagegen unternehmen.

Der israelische Außenminister Yair Lapid erklärte Anfang 2022, dass der Vorwurf der „Apartheid“ das „Potenzial hat, erheblichen Schaden anzurichten“[30]. Dies dürfte vor allem auf die Beziehung Israels zu den Vereinigten Staaten zutreffen. Das einzig Sichere in der amerikanischen Politik ist, dass sich Meinungen blitzschnell ändern können – ein Beispiel dafür ist die nationale Neuorientierung, ausgelöst durch die „Black Lives Matter“-Bewegung. Die israelische Herrschaft über die Palästinenser:innen als „Apartheid“ zu bezeichnen, fügt der Besatzung ein neues, brisantes Element hinzu – insbesondere dann, wenn diese Präsenz von dem durchsetzt ist, was Generalmajor Yehuda Fuchs, der Kommandeur der israelischen Armee in der Westbank, als „Siedlerterrorismus“[31] bezeichnet.

Aktuelle Analysen zeigen, dass sich die Diskussion über Israel und Palästina in den USA im vergangenen Jahr stärker verändert hat als je zuvor.[32] Sicherlich wird diese Debatte durch das Thema „Israels Apartheid gegen die Palästinenser:innen“, wie es zuletzt von *Amnesty International* formuliert wurde, noch intensiviert werden. Das Ergebnis könnte sein, dass Israels nächster Qibya-artiger „Vergeltungsschlag“ – oder der folgende – eine ganz andere Reaktion der USA hervorrufen wird als in den letzten Jahren. Und zwar direkt aus der amerikanischen Basis, wenn nicht sogar aus dem Oval Office. Genau das hat Bischof Tutu angesichts der belasteten Geschichte Amerikas vorausgesehen. In dieser Geschichte findet sich allerdings auch, wie mehrere aufeinanderfolgende US-Präsidenten erfolgreich gegen Expansion und Staatsterror in diesem Konflikt vorgegangen sind. Im Jahr 2022 kann man sich der Debatte nicht anschließen, ohne das zu wissen.

Derek Leebaert erhielt den alle zwei Jahre verliehenen Truman Book Award 2020 für "Grand Improvisation: America Confronts the British Superpower, 1945-1957". Er diente in der Reserve des U.S. Marine Corps und war einer der Gründungsredakteure der vierteljährlich erscheinenden Harvard/MIT-Zeitschrift International Security. Derzeit ist er Unternehmensberater bei der Schweizer Firma MAP AG.

Übersetzung : A. Riesch für Pako – palaestinakomitee-stuttgartde

Quelle:

https://mondoweiss.net/2022/02/the-first-u-s-israeli-showdown-in-1957-and-the-next-one/#_ednref1

[1] Dwight D. Eisenhower, “Radio and Television Address to the American People on the Situation in the Middle East,” Feb. 20, 1953, American Presidency Project.

[2] Call from Senator Knowland, Feb. 16, 1957, 6:40 p.m., JFD telephone transcripts.

[3] The Acting Secretary of State to the Special Representative of the United States in Israel (McDonald), Dec. 30, 1948, in *FRUS, 1948: The Near East, South Asia, and Africa, Volume V, Part 2*.

[4] *FRUS* 1949, “Mr. Mark F. Ethridge to the President,” (Jerusalem) April 11, 1949, pp. 905-06

[5] No. 5, Memorandum of Conversation, Prepared in the Embassy in Cairo, May 12, 1953, in *FRUS, 1952–1954: The Near and Middle East, Volume IX, Part 1*.

[6]. No. 3 Memorandum of Conversation, Prepared in the Embassy in Cairo, May 11, 1953, in *FRUS, 1952–1954: The Near and Middle East, Volume IX, Part 1*.

[7] No. 14, The Consul General in Jerusalem to the Department of State, *FRUS, 1952-1954, The Near and Middle East, Vo. IX, Part 1*.

[8] *The American Jewish World*, 2 October 1953, p. 4, “Zionists Deplore Dulles Boycott”

[9] *Israel's Border Wars*, Benny Morris, p. 147

- [10] “Israel: Massacre at Kibya,” *Time*, Oct. 26, 1953; censoring is found at https://avalon.law.yale.edu/20th_century/mid009.asp
- [11] Morris, op. cit., p. 265
- [12] On “terror unit,” see “IDF Declassifies Docs,” *Haaretz*, May 11, 2015, quoting documents from Nehemiah Argov, Ben-Gurion’s military secretary
- [13] *The Fifty-Year Wound*, Leebaert, p. 212
- [14] MemCon With the President, White House, Washington, November 5, 1956, in *FRUS, 1955-1957: Eastern Europe, Vol XXV*
- [15] *Devil and John Foster Dulles*, Townsend Hoopes, p. 328
- [16] Eisenhower to Hazlett, Nov. 2, 1956, cited in *FRUS, 1955-1957: Suez Crisis, July 26-December 31, 1956, Volume XVI*, 944.
- [17] Isaac Alteras, *Eisenhower and Israel: U.S.-Israeli Relations, 1953-1960* (Gainesville: University of Florida Press, 1993), 224
- [18] Call from Ambassador Lodge, Feb. 11, 1957, 4:30 p.m., JFD telephone transcripts
- [19] Call to Ambassador Lodge, Feb. 12, 1957, 2:22 p.m., JFD telephone transcripts, in which Lodge tells of Bunche’s conclusion
- [20] Ibid
- [21] Dulles MemCon
- [22] Rostow transcript
- [23] Michael Oren, *Power, Faith, and Fantasy*, p. 536
- [24] Leebaert interview of Tyler Drumheller in the *Globalist*, April 2013
- [25] Strober and Strober, *Reagan*, p. 231
- [26] Michael Durkee, interviewed and quoted in Leebaert, *Magic and Mayhem*, p. 252.
- [27] Archbishop Emeritus Desmond Tutu, “Foreword,” to Leebaert, et al, *The Episcopal Church’s Response to the New Political Landscape in Israel/Palestine*, August 2015
- [28] Mattis quote, Aspen Institute, July 2013, as cited in *Haaretz*, Apr. 24, 2018, “James Mattis, Trump’s Reported Pick for Defense Post, Sees Israel Turning Into an Apartheid State”; <https://www.hrw.org/report/2021/04/27/threshold-crossed/israeli-authorities-and-crimes-apartheid-and-persecution>
- [29] Op. cit., in *Church’s Response*
- [30] Yair Lapid, press conference, Jan. 7, 2022
- [31] *New York Times*, Feb. 12, 2022, “As Violence Rises in the West Bank, Settler Attacks Raise Alarm”
- [32] *Washington Post*, May 14, 2021, “The History of Israel ‘Mowing the Grass’ in Gaza”; Peter Beinart, “2021: The Year Palestinians Entered America’s Debate Over Israel-Palestine,” Jan. 3, 2022, *Beinart Notebook*, substack.com

* Waffenstillstandslinie 1949